



## Schwerpunkt ENERGIEMARKT

# Ein „Energy-Brexit“ würde Großbritannien stärker schaden als der EU

Der Brexit kommt. Im Juni 2016 hat sich Großbritannien entschlossen, aus der Europäischen Union auszutreten. Unentschieden ist hingegen weiterhin, ob und in welcher Form Großbritannien auch den europäischen Binnenmarkt verlässt. Norwegen und die Schweiz zeigen, wie man Teil des Binnenmarktes sein kann, ohne der EU selbst anzugehören. Dies würde jedoch Zugeständnisse seitens der britischen Regierung erfordern – Zugeständnisse, die konträr sind zu den Versprechen der Brexit-Befürworter im Vorfeld des Referendums.

Die Märkte für Energie bieten hierbei einen interessanten Anschauungspunkt. Einerseits sind die Strom- und Gasmärkte zwischen dem Kontinent und den britischen Inseln eng miteinander verwoben. Andererseits sind gerade die leitungsgebundenen Energieträger diejenigen, die eine besonders stabile juristische Grundlage benötigen. Ein ungeregelter Austritt Großbritanniens aus der EU würde die juristischen Grundlagen für die derzeitige Kopplung der Energiemärkte in weniger als zwei Jahren nahezu ersatzlos streichen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Konsequenzen der Brexit für die Energieversorgung in Kontinentaleuropa haben wird.

Nach Einschätzung der Energieexperten/-innen aus Frankreich und Deutschland sind die Auswirkungen auf die jeweiligen Energiemärkte nur gering. Befragt nach dem Effekt eines Austritts Großbritanniens aus dem europäischen Energiebinnenmarkt, antwortet die Mehrheit, ein „Energy-Brexit“ habe keine nennenswerten Effekte auf den Elektrizitätspreis oder die Versorgungssicherheit beim Strom (81 beziehungsweise 90 Prozent in Deutschland, 68 beziehungsweise 72 Prozent in Frankreich). Ähnlich sieht es für Erdgas aus: Jeweils eine breite Mehrheit von mehr als zwei Dritteln der Befragten sieht keine nennenswerten Effekte bei der Versorgungssicherheit oder den Preisen. Nur in Deutschland hält es eine Minderheit von 20 Prozent für wahrscheinlich, dass die Preise in Folge des Brexits steigen.

Auch die EU-Klimaziele würden, so die Mehrheit der Befragten, voraussichtlich nicht geändert. Relevant ist dieser Punkt, da Großbritannien stärkere Emissionsreduktionen als der EU-Durch-

schnitt anstrebt. Fällt Großbritannien aus der EU heraus, so muss entweder das Ziel für die EU gelockert werden oder die anderen Staaten müssen mit ambitionierteren Reduktionen den Wegfall Großbritanniens kompensieren. Eine große Mehrheit sowohl in Frankreich (80 Prozent) als auch in Deutschland (71 Prozent) sieht Letzteres als das wahrscheinlichere Szenario.

### Europäische Energiekonzerne ziehen sich wahrscheinlich zum Teil aus Großbritannien zurück

Zu einem teilweisen Rückzug deutscher und französischer Energiekonzerne aus Großbritannien könnte es hingegen kommen, wenn das Vereinigte Königreich den EU-Energiebinnenmarkt verlässt. Mehr als die Hälfte der Befragten in Deutschland erwartet dies für deutsche Energiekonzerne, die teilweise erheblich im britischen Strom- und Gasmarkt aktiv sind. In Frankreich erwarten sogar mehr als drei Viertel der Befragten einen Teilrückzug französischer Konzerne. So ist etwa Electricité de France (EdF) nicht nur direkt im britischen Strommarkt aktiv, sondern führt auch das Konsortium an, welches den Neubau des Kernkraftwerks Hinkley Point C bewerkstelligen soll.

Alles in allem sehen die deutschen und französischen Experten/-innen das größere Risiko bei einem Austritt aus dem

Das **ZEW Energiemarktbarometer** ist ein deutschlandweit einzigartiges Panel von Fachleuten der Energiewirtschaft. Die halbjährlichen Erhebungen reflektieren seit 2002 die Einschätzungen der Teilnehmer/innen bezüglich aktueller Themen der Energiewirtschaft und der Energiepolitik. Das **GEM-Baromètre du Marché de l'Énergie** ist ein vergleichbares französisches Panel, das ebenfalls halbjährlich seit 2013 die Meinungen von Experten/-innen zu aktuellen Themen der Energiewirtschaft in Frankreich abfragt. Die aktuelle Erhebung (Mai 2017) basiert auf 151 Antworten von Teilnehmern/-innen in Deutschland und auf 83 Antworten aus Frankreich.

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – Schwerpunkt Energiemarkt

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim  
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)  
Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion Schwerpunkt Energiemarkt: Dr. Nikolas Wölfing, [wolfing@zew.de](mailto:wolfing@zew.de) · Philipp Massier, [massier@zew.de](mailto:massier@zew.de) · Robert Germeshausen, [germeshausen@zew.de](mailto:germeshausen@zew.de)

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2017 · Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

europäischen Energiebinnenmarkt auf Seiten Großbritanniens. 60 Prozent aller deutschen sowie 71 Prozent der französischen Experten/-innen schätzen, dass ein solcher Brexit schädlicher für Großbritannien als für die EU ausfallen wird. Vielleicht ist dies der Grund, warum das Gros der Experten/-innen erwartet, dass Großbritannien letztlich Teil des EU-Energiebinnenmarktes bleiben wird. Die Befragung zeigt jedoch auch hier große Unsi-

cherheiten unter den Befragten. Einerseits sehen mehr als 30 Prozent in Frankreich und Deutschland einen Austritt als wahrscheinlich an. Andererseits gaben gerade in Deutschland 16 Prozent der Umfrageteilnehmer/innen an, dass die Antwort auf diese Frage noch nicht abschätzbar sei.

## Versorgungssicherheit steht im Fokus

Mit der bevorstehenden Bundestagswahl im Herbst drängt auch die Energiepolitik wieder stärker zurück in die öffentliche Debatte. Hierbei stellt sich insbesondere die Frage nach den großen Leitlinien, den bestimmenden Themen der Energiepolitik. Das ZEW Energiemarktbarometer hat seine Experten/-innen um eine Einschätzung gebeten: Wo liegt der aktuelle Fokus der Energiepolitik? Welche Themen sollten noch stärker im Vordergrund stehen? Und welche Themen werden in Zukunft wichtig? Gefragt wurde nach den jeweils drei wichtigsten Themen.

Die größte Zustimmung als gewünschter Fokus der Energiepolitik erhält die Versorgungssicherheit: 58 Prozent der Experten/-innen setzen diese Priorität. Eine starke Zustimmung erfahren außerdem ein Fokus auf die Energieeffizienz (45 Prozent) und auf die Treibhausgasemissionen (41 Prozent), die auch in der Wahrnehmung der Experten/-innen ähnlich oft als derzeit beobachteter Fokus der Energiepolitik auftauchen. Bemerkenswert ist dies insbesondere für die Energieeffizienz: Im Vergleich zur Befragung im Vorjahr zeigt sich ein Anstieg um acht Prozentpunkte bei den Experten/-innen, die einen derzeitigen Fokus der Energiepolitik auf der Energieeffizienz sehen (42 Prozent). Mit diesem Ergebnis nähert sich die Einschätzung zur Bedeutung der Energieeffizienz dem an, was sich eine relative Mehrheit bereits in der Vergangenheit gewünscht hat.

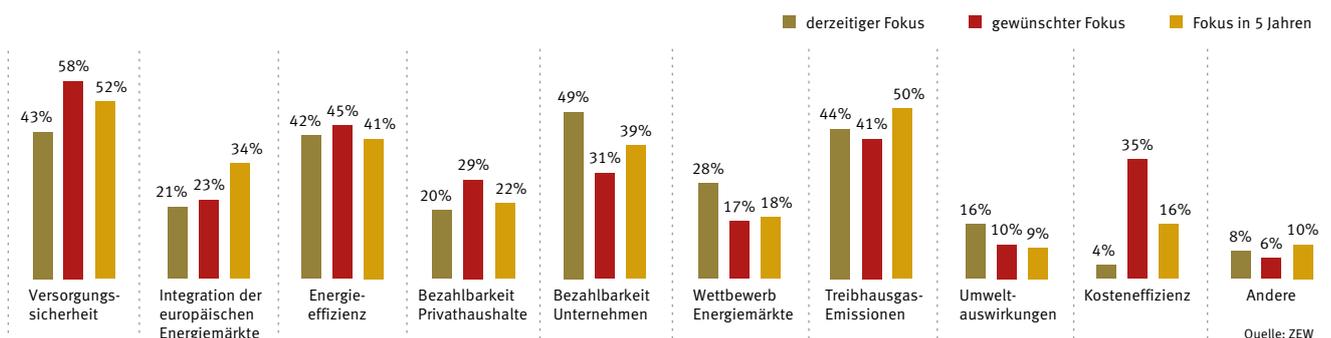
Anders sieht es bei der Versorgungssicherheit aus: Nur 43 Prozent betrachten die Versorgungssicherheit als ein Thema, das in der aktuellen Energiepolitik zu den drei Wichtigsten gehört – eine deutliche Diskrepanz zum gewünschten Fokus. Dies bestätigt ein Muster aus den vergangenen Erhebungen. Denn nachdem im vergangenen

Jahr beispielsweise die Bezahlbarkeit für Unternehmen und die Versorgungssicherheit noch gleichauf lagen, sieht nun der Großteil der Experten/-innen die Bezahlbarkeit für Unternehmen im Fokus der aktuellen Energiepolitik (49 Prozent). Hierbei könnten die anhaltenden Diskussionen über Ausnahmeregelungen, aber auch über die Neuregelung der Netzentgelte oder die Abschaffung der Stromsteuer eine Rolle spielen. Gleichzeitig sind nur 31 Prozent der Meinung, dass dieses Thema auch tatsächlich so hoch gewichtet werden sollte. Zwar findet die Bezahlbarkeit von Energie für Haushalte insgesamt deutlich weniger Aufmerksamkeit. Allerdings sind mehr Panelteilnehmer/innen der Meinung, dass dies ein wichtiges Thema der Energiepolitik sein sollte (29 Prozent) als solche, die der Meinung sind, dass es schon hinreichend in der Energiepolitik berücksichtigt würde (22 Prozent). Noch deutlicher ist die Diskrepanz bei der Einschätzung zur Relevanz der Kosteneffizienz: Nur vier Prozent der Experten/-innen sehen die Kosteneffizienz derzeit im Fokus der Energiepolitik; 35 Prozent wünschen sich hingegen diesen Fokus.

### Erwartungen an Energiepolitik verschieben sich

Mit Blick in die Zukunft erwarten die Experten/-innen, dass sich der Fokus der Energiepolitik verschieben wird. So sehen 52 Prozent die Versorgungssicherheit in fünf Jahren wieder im Fokus im Vergleich zu 43 Prozent heute. Die Bezahlbarkeit für Unternehmen schätzen in fünf Jahren nur noch 39 Prozent als wichtiges Thema ein, verglichen mit 49 Prozent in der aktuellen Situation. Interessant ist auch das Ergebnis zu den Treibhausgasemissionen auf lange Sicht: 50 Prozent sehen dies als wichtiges

EINSCHÄTZUNGEN ZUM FOKUS DER ENERGIEPOLITIK IN DEUTSCHLAND





Thema für die Energiepolitik an. Dies legt nahe, dass die Klimaschutzziele in der Energiepolitik auch nach dem angekündigten Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen eine wichtige Position einnehmen werden.

Im Verhältnis zu vorherigen Befragungen hat sich das Stimmungsbild der Experten/-innen zum Einfluss der Energiewende auf die künftige Entwicklung von Unternehmen im Energiesektor wenig verändert. Die Perspektiven für Energieversorger und Unternehmen des Anlagen- und Kraftwerksbaus bleiben schlecht: Rund 60 Prozent der Befragten rechnen mit einer schlechteren wirtschaftlichen Lage für diese Unternehmen in den nächsten fünf Jahren. Für Vertriebsunternehmen erwarten zwar immer noch

38 Prozent eine unveränderte wirtschaftliche Lage, jedoch erwartet ein ebenso großer Anteil der Befragten eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Bei den Netzbetreibern schätzt die relative Mehrheit, dass sich ihre wirtschaftliche Lage in den kommenden fünf Jahren nicht verändern wird.

Gefragt nach dem Einfluss der Energiewende auf die deutsche Volkswirtschaft insgesamt, erwarten 43 Prozent der Experten/-innen, dass diese einen positiven oder sogar stark positiven Einfluss haben wird. Im Vergleich zur Befragung im Vorjahr (46 Prozent) stellt dies zwar einen leichten Rückgang dar, allerdings bleibt der Wert verglichen mit den Jahren zuvor (2015: 32 Prozent) noch immer auf einem hohen Niveau.

## Energiepreise stagnieren kurzfristig

Nach Meinung der befragten Energieexperten/-innen werden die Preise für die unterschiedlichen Energiegüter innerhalb der nächsten sechs Monate stagnieren. Im Einzelnen erwartet die Mehrheit der Befragten gleichbleibende Großhandelspreise für Strom (71 Prozent), Rohöl (77 Prozent), Erdgas (81 Prozent) und Kohle (79 Prozent). Die mittelfristigen Einschätzungen sehen hingegen anders aus: Drei Viertel der Experten/-innen rechnen mit steigenden Strompreisen in den nächsten fünf Jahren. Ähnlich eingeschätzt werden auch die weltweiten Rohölpreise (67 Prozent) und die Erdgaspreise in Deutschland (63 Prozent).

Anders gestaltet sich das Bild bei den Kohlepreisen: Hier erwarten 31 Prozent der Befragten sinkende Preise und nur rund ein Viertel steigende Preise in der mittleren Frist. Damit ist der Anteil der Experten/-innen, der sinkende Preise erwartet, verglichen mit der vorangegangenen Befragung noch einmal um drei Prozentpunkte gestiegen. Die relative Mehrheit (43 Prozent) geht aber weiterhin von stagnierenden Preisen auch in der mittleren Frist aus.

Im Vergleich zur Erhebung im November 2016 sind die Preisexpectationen bei Strom, Erdgas und Rohöl über die mittlere Frist nahezu unverändert geblieben. In der kurzen Frist erwarteten die Experten/-innen in der Erhebung zuvor zwar ebenfalls mehrheitlich stagnierende Preise, jedoch hat auch rund ein Drittel

bei Strom und Rohöl steigende Preise erwartet. Dieser Anteil ist in der aktuellen Befragung auf 18 Prozent beziehungsweise 17 Prozent gefallen. Bei den kurzfristigen Erdgas- und Kohlepreiserwartungen ist diese Entwicklung ebenfalls zu beobachten – die Änderungen sind allerdings wesentlich geringer (von 19 Prozent auf zehn Prozent bei Erdgas beziehungsweise von 17 Prozent auf sieben Prozent bei Kohle).

### Preise für CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte steigen allenfalls leicht

Mit Blick auf europäische CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte erwarten rund zwei Drittel der Experten/-innen einen Preis zwischen fünf Euro und zehn Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> in den nächsten sechs Monaten. Bei einem aktuellen Preis von zirka fünf Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> entspricht das Erwartungen von stagnierenden bis leicht steigenden Preisen. 18 Prozent halten sogar einen Preis unterhalb von fünf Euro für wahrscheinlich. Im Vergleich zur vorangegangenen Befragung ist das ein Zuwachs von sechs Prozentpunkten. Rund ein Drittel der Befragten erwartet mittelfristig Preise in Höhe von zehn Euro bis 15 Euro pro Tonne.

Robert Germeshausen, robert.germeshausen@zew.de  
Albert Roger, albert.roger@zew.de  
Dr. Nikolas Wölfing, nikolas.woelfing@zew.de

### ERWARTUNGEN BEZÜGLICH KURZ- UND MITTELFRISTIGER ENERGIEPREISE

